

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. sabb., fl. 1. 50. ssterr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 12. März. [In der Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz] sind nun endlich, darüber wird wohl Niemand mehr in Zweifel sein, die Dinge zum Klappen gekommen, so groß auch der Schmerz der beiderseitigen feudalen Kreise wegen dieser Thatsache sein mag. Die Bismarck'sche „Nordd. Allg. Ztg.“ verkündet es laut und deutlich in ihrer jüngsten Nummer, worin sie wörtlich sagt:

Oesterreich war unser Alliirter.

Aber, so setzt sie („im conservativen Interesse“) hoffend hinzu: vom ehemaligen Alliirten zum Gegner, von dem Aufgeben einer Allianz bis zum Kriege sei noch ein „weiter Schritt.“ Das glauben wir auch. Die Offiziöse selbst gesteht es ja zu:

Man führt heut zu Tage keine Kabinettskriege mehr. Ohne daß große nationale Interessen ins Spiel kommen, muthet man den Völkern nicht die Opfer zu, welche ein großer Krieg in seinem Gefolge hat.

Freilich hätte sie sich richtiger ausgedrückt, wenn sie gesagt hätte: „Die Völker lassen sich derartige Opfer nicht mehr zumuthen.“ Eine Thatsache, die den Regierungen kein Geheimniß ist, weshalb es denn auch mit dem Kriege, den wir, wie schon oft gesagt, von ganzem Herzen wünschten, keine Gefahr hat, wenn auch Preußen fest entschlossen sein mag, seine vorgeblichen Ansprüche auf Schleswig-Holstein aufrecht zu erhalten, wie dies Graf Bismarck neuerdings in seiner Antwort auf die Altenhofer Adresse feierlichst erklärt hat. Welches Auskunstmittel schließlich einen Krieg vermeiden lassen wird, läßt sich bis jetzt noch nicht bestimmen. Sicherlich aber wird man ein solches Auskunstmittel finden, aber zwischen den beiden Mächten wird an die Stelle der seitherigen Allianz wieder naht und unverblümt das alte Rivalitätsverhältniß treten, das, wie die Thatsachen lehren, in Wirklichkeit niemals eine Veränderung erlitten hat. Darauf deutet schon jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit der Auländigung hin, daß Preußen erneut sein Augenmerk auf die „Reform der deutschen Bundesverfassung“ richten werde, auf ein Gebiet also, auf welchem Habsburg und Hohenzollern sich niemals übereinstimmend begegnen werden, so lange als überhaupt noch von einer „Bundesreform“ die Rede sein kann. Was aber diese klägliche „Reform der Bundesverfassung“ betrifft, so wird glücklicher Weise dafür gesorgt sein, daß „die Bäume nicht in den Himmel hineinwachsen.“ Davor ist uns nicht bange.

[Zur Elbherzogthümerfrage] brucht die officiöse „Wiener Abendpost“ den Artikel der „Prov.-Corresp.“ über „die Beziehungen Oesterreichs zu Preußen“ ab und macht dazu verschiedene Bemerkungen: Die Anklagen, sagt das österreichische Blatt, seien ziemlich allgemeiner Natur. Die „Prov.-Corresp.“ habe es verschmäht, den Beweis für die angeführten Thatsachen anzutreten. Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, aus welchen

Thatsachen hervorgehen solle, daß die österreichische Verwaltung in Holstein den Gegensatz gegen Preußen zu ihrem leitenden Gesichtspunkte gemacht habe, und welche Momente in dem Vorgehen der österreichischen Regierung mit dem Begriffe der Bundesgenossenschaft unvereinbar seien. Es sei ganz richtig, daß die Einigung zwischen Oesterreich und Preußen zu Stande kam, weil in ihr eine Bürgschaft erblickt wurde für die Durchführung des deutschen Rechtes in den Herzogthümern, und eine Bürgschaft für eine kräftige Wiederaufrichtung der deutschen Macht und des deutschen Einflusses. Im Verlaufe der Darlegung würden jedoch Preußens Ehre und Preußens Interessen in einer Weise betont, welche der „Prov.-Corresp.“ selbst die Vermuthung hätte nahe legen können, daß die Forderungen der preussischen Interessen in der Entwicklung der Frage über jene ersten Zielpunkte hinausgegangen seien. In Betreff der Verwaltung Holsteins habe Oesterreich nur von dem ihm durch den Gasteiner Vertrag eingeräumten Rechten Gebrauch gemacht und so wenig es Willens sei, eine Kontrolle der preussischen Verwaltung in Schleswig auszuüben, so wenig könne es geneigt sein, Preußen diese Kontrolle über seine Verwaltung in Holstein zuzugestehen. Oesterreich habe übrigens eine solche Kontrolle nicht zu scheuen, zumal es bei seiner Verwaltung billige Rücksicht auf specifisch preussische Interessen genommen habe. Schon in gewissen Zugeständnissen des Gasteiner Vertrages habe diese Berücksichtigung ihren Ausdruck gefunden und sei überdies für die definitive Gestaltung der Dinge in Aussicht gestellt worden. Die preussischen Interessen aber ohne Weiteres und geradezu mit dem allgemeinen deutschen Interessen zu identificiren, werde der österreichischen Regierung schwerlich zugemuthet werden dürfen, und, so setzen wir hinzu, ebenso wenig dem deutschen Volke, dessen Interessen freilich durch das Augustenburgerthum nicht im Geringsten mehr gefördert sein würden.

— [Die „Breslauer Zeitung“,] eines der Haupt-Bourgeoise-Organe in Preußen, die es sich zur Aufgabe machen, durch Lügen, Verdächtigungen und Verdrehungen der Wahrheit die Arbeiter über ihre wahren Interessen zu täuschen und sie am Narrenseil herumzuführen, enthält in ihrer Sonntags-Nummer einen näherer Beachtung werthen, gezeichneten Bericht aus Breslau über Vorgänge in den dortigen Arbeiterkreisen. Im Eingange dieses Berichtes heißt es:

Man wird sich erinnern, daß am 23. Februar im Schoße des Central-Arbeiter-Comite's ein unangenehmer Austritt stattfand, so daß die Versammlung polizeilich aufgelöst werden mußte und das Arbeiter-Comite insofern sich spaltete, als ein großer Theil (darunter die überwiegende Majorität der Vertreter der Fabrik-Arbeiter) sich von dem, von Herrn Haynke geleiteten „Comite“ los sagte. Gestern Abend nun versammelten sich auf Einladung der Herren Schehl und Opitz 21 Vertreter

von Fabriken und Gewerken im Trebnitzer-Hause, um zur Constatirung eines neuen Arbeiter-Comite's zu schreiten.

Und ferner:

Der Vorsitzende, Hr. Schehl, äußerte sich hierauf des Näheren über die Ursachen des am 23. Februar ausgebrochenen Conflictes, und wir konnten nur die erste Ueberzeugung gewinnen, daß nicht prinzipielle Differenzen trennend gewirkt haben, daß vielmehr rein persönlichen Vorkommnissen von gewisser Seite Partei-Bestrebungen untergeschoben worden sind. Zurückführen lassen sich jene Differenzen auf ein rein privates Zusammentreffen des Hrn. Dr. Schehl mit dem National-Ökonomen Hrn. Dr. Willens, der sich bereit erklärt hatte, in einer Arbeiter-Versammlung seine, den Mittelweg zwischen Schulze-Delisch und Lassalle haltenden Ideen über Production, Consumption u. dergleichen, wozu man sich von einer Seite lebhaft gewehrt, ja noch mehr, aus welchem Umstande man die Partei-Ansichten des Hrn. Schehl zu verdächtigen versucht hatte. Der Obgenannte präzisirte den Grund der Trennung zum Schluß in der Weise, daß er im Anschluß an seine Erklärung vom 26. Jan.: man solle unabhängig von jeder Partei die Sache der Arbeiter selbstständig vertreten, erklärte: da ein Theil des Central-Arbeiter-Comite's dies nicht wollte, so sei die Trennung erfolgt.

Dies sind also des Berichterstatters der „Bresl. Ztg.“ „nicht prinzipielle Differenzen“ und das „rein private Zusammentreffen des Hrn. Schehl mit dem National-Ökonomen Herrn Dr. Willens!“ Dann fährt der Berichterstatter fort:

Indem wir an jene Debatte: „ob Petition oder Resolution,“ erinnern, können wir Herrn Schehl ganz und gar gegen den ihm gemachten Vorwurf, er wolle einen Theil der Arbeiter einer gewissen Partei in die Arme führen, in Schutz nehmen. Wenn auch Lassalle die Association will und zwar auf Grund des allgemeinen Stimmrechts — warum soll man auf diejenigen Steine werfen wollen, die in einer Vereinigung der besten Schulze'schen und Lassalle'schen Ideen das Mittel zur Lösung der socialen Frage erblicken und nicht mit denen zu verwechseln sind, die den Staat als einen großen Arbeitsgeber und eine Pensions-Anstalt betrachten und auf Kosten einer verschwindenden Minorität leben möchten?

Obwohl über die Natur der hier in Betracht kommenden Verhältnisse in der Hauptsache nicht im Geringsten in Zweifel, sind wir doch von den persönlichen und lokalen Beziehungen nicht genug unterrichtet, um uns eingehender damit befassen zu können. Soviel steht jedoch offenbar fest, daß es sich dabei für die Herren Fortschrittler um die Gefahr gehandelt hat, die Breslauer Arbeiter dem beherrschenden Einflusse der Schulze'schen Fabrikantenpartei entzogen und selbstständig werden zu sehen, um eine für jene Herren geradezu tödtliche Gefahr; denn dann würden ja diese Arbeiter ungewiss und mit der Zeit ganz von selbst hinter die Lügen und Ränke jener Clique und hinter Wahrheiten kommen, die sie beileibe nicht erfahren dürfen. Indessen sind alle auf Beseitigung dieser

Gefahr gerichteten Manöver nur fruchtlose Palliativmittel, ähnlich den Schulze'schen Heilöfeln.

Einstweilen wollen wir der „Brosl. Ztg.“ und ihrem Anhang die trostlose Versicherung geben, daß dafür gesorgt werden wird, daß auch den Breslauer Arbeitern die Augen darüber aufgehen, was sie von der „gewissen Partei“ und von denen zu halten haben, welche angeblich: „den Staat als einen großen Arbeitsgeber und eine Pensionsanstalt betrachten und auf Kosten einer verschwindenden Minorität leben möchten.“

Wehe Euch, wenn Euer Arbeiter dies erfahren haben und Ihr als entlarvte Lügner und Verläumder vor ihnen steht!

— [Die „Volkszeitung“] versteigt sich in einem ihrer jüngsten Leitartikel geradezu in das „Gebiet des höheren Blödsinns“, indem sie, ihrer bekannten Propheten-Lanze vollständig freien Lauf lassend, vorherzagt: daß im Herbst die „große Action“ angehen werde, jedoch werde dieselbe nicht von Preußen, sondern von Oesterreich eingeleitet werden. Es heißt in jenem Artikel wörtlich:

„Wie, wenn Oesterreich im Herbst dieses Jahres, im Innern vorläufig regeneriert, mit dem Programm aufträte:

- 1) Constitutionelles Regiment in Oesterreich!
- 2) Bundesstaatliche Einigung der beiden Reichshälften, repräsentirt durch ein Gesamtparlament!
- 3) Reform Deutschlands durch constitutionelle Modification der Verfassung des Fürstentages, unter Zustimmung eines deutschen Abgeordnetentages.
- 4) Einberufung der Stände in Schleswig, Holstein und Selbstbestimmungsrecht über die dynastische und nationale Angelegenheit!

Wie, wenn das käme: was sagte Herr v. Bismarck dem entgegen?“

Wehr wie jammervoll! Constitutionelles Oesterreich und Gesamtparlament! Selbst die durch und durch österreichisch-optimistische Wiener „Presse“ glaubt, mit Bezugnahme auf jenen Artikel, ausdrücklich darauf hinweisen zu müssen, daß die „Volkszeitung“ kein Witzblatt sei.

— [Gegen den Redakteur May] verhandelte am 10. v. Mts. das hiesige Kammergericht die Anlage wegen Majestätsbeleidigung in zweiter Instanz. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, der Angeklagte nicht erschienen. Oberstaatsanwalt Adlung fungierte selbst, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Holtzoff. Das Kammergericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis und ein Jahr Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

* **Wien**, 11. März. [Bonapartistisch-Habsburgisch.] Wie die „Amtszeitung“ meldet, begleitete Herr v. Gramont gestern die Ueberreichung des Ordens der Ehrenlegion an den Kronprinzen und des Schreibens Napoleon's an den Kaiser mit folgenden Worten: „Die beiden Nationen werden mit gleicher Befriedigung diesen offenkundigen Beweis der Achtung und der Freundschaft erkliden, welche die beiden Höfe verbinden; sie werden auch den beiderseitigen Wunsch erkennen, die Bande, welche zwei Völker umschlingen, noch fester zu ziehen; Bande, welche sich unter dem segensreichen Einflusse von Verträgen, die gleich nützlich sind für Oesterreich und für Frankreich, gewiß ohne Verzug vervielfältigen werden.“ Der Kaiser erwiderte, seinen Dank ausprechend: „Ich begnüge mich lebhafter Befriedigung Alles, was die Bande zwischen unseren beiden Ländern fester ziehen kann. Die Wünsche, welche Sie in dieser Beziehung begehren, stehen vollständig in Uebereinstimmung mit meinen persönlichen Gefühlen.“ Der Rest ist Schweigen.

Ausland.

* **Paris**, 10. März. [Tagesbericht: Graf v. d. Goltz und der „Moniteur“.] Kriegslärm im „Avenir National“. Donaufürstenthümer-Conferenz. Girardin und die Bauern. Kaiserlich-Mexikanisches „Rémorial-Diplom.“ über Donaufürstenthümerfrage und Habsburg-Hohenzollern'schen Conflict. Prinz-Napoleon. Der kaiserliche Prinz.] Der preussische Botschafter, Graf v. d. Goltz, hat nach seiner Rückkunft hier erklärt, daß Preußen fester als je entschlossen sei,

dem „unerträglichen Zustande der Dinge“ in Schleswig-Holstein ein Ende zu machen; daß die Spannung bereits so weit gediehen wäre, daß ein Krieg nur schwer zu vermeiden sein dürfte, daß aber doch noch ein Schritt bei Oesterreich werde versucht werden, um auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung die Zweitheilung der Macht im Condominium aus dem Wege zu räumen. Graf Bismarck habe ausdrücklich erklärt, auf seiner Stellung mit dem Anneixionsprogramme stehen und fallen zu wollen, und nach allen diesen Auslassungen und Erläuterungen brachte der „Moniteur“ eine Notiz über die „sehr gespannten Beziehungen“ der beiden deutschen Großmächte, die hier so gewaltiges Aufsehen gemacht, weil man hier zu genau die Verhältnisse kennt, die sonst bei der Redaction derartiger Manifestationen obwaltet. — Das „Avenir National“ enthält folgende Nachrichten:

Wir erhalten aus Trier ein Schreiben vom 8. März, welches ernste Dinge enthält. Unser Correspondent will von wohlunterrichteten Personen wissen, daß das Ober-Commando des 8. Armeekorps von Berlin den Befehl erhalten hat, die Garnison der genannten Stadt bereit zu halten, um sofort ins Feld rücken zu können. Die Unternehmer der Schiffahrt auf der Mosel seien befragt worden, welche Zahl von Schiffen sie sofort zum Transporte von Kriegsmaterial und Truppen stellen könnten. Derselben Anfragen sollen an die Schiffer ergangen sein, welche den Rhein befahren. Die Garnison in Trier soll jeden Augenblick des Befehles zum Abmarsch gewärtig sein. Man wird jedoch die Grenzen nicht entblößen und rechnet auf die Reserve und auch auf die Mobilisirung der Landwehr, um die Garnison zu ersetzen. Die Garnison von Luxemburg soll die nämlichen Befehle erhalten haben. Sicher ist, daß in den Kasernen beider Städte reges Leben herrscht.

So schreibt man hier über deutsche Angelegenheiten. An dieser Sensations-Nachricht ist offenbar ein Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ Schuld, welche einen Befehl des Kriegs-Ministeriums veröffentlichte, wornach die diesjährigen Controlversammlungen dazu benützt werden sollen, die Anordnungen der Mannschaften so zu organisiren, wie es im Fall der Mobilmachung zu geschehen hätte. Es sollen nämlich 15,000 Ordres ausgefertigt und die Mannschaften in 58 Abtheilungen vertheilt werden, so daß ihre Bestellung am vierten Tage der Mobilmachungsperiode anfängt. Doch setzte die „Nordd. Allg. Ztg.“ einschuldigen hinzu, daß diese Anordnung durch die Größe der Stadt Berlin bedingt sei, wobei freilich die Möglichkeit der Verfüzung einer Mobilmachung nicht in Abrede gestellt war. — Heute Nachmittag um 1 1/2 Uhr fand auf dem Ministerium des Aeußeren die erste Sitzung der Donaufürstenthümer-Conferenz statt. Außer Herrn v. Budberg wohnten der Conferenz alle anderen Vertreter der Mächte bei, welche den Pariser Vertrag unterzeichnet haben. Es sind diese: Graf v. d. Goltz (für Preußen), Fürst Meternich (für Oesterreich), Lord Cowley (für England), Saiset Pascha (für die Türkei) und Herr Nigra (für Italien). Rußland war durch den russischen Botschaftsrath Tschitscherin vertreten, und Frankreich durch Hr. Dronyn de Lhuys, der auch der Conferenz präsidiert; Herr Tangere, bevollmächtigter Minister und politischer Unter-Director im französischen Ministerium des Aeußeren, versah die Stelle eines Secretärs. Herr Dronyn de Lhuys eröffnete die Sitzung mit einigen Worten; dann wurde zur Prüfung der Vollmachten geschritten. — In der neuesten Nummer der „Liberté“ steht eine Art Bauern-Programm: „Die Städte und das Land“, worin Girardin die Bauern aufruft, gleich den Städten für die Freiheit einzutreten, denn die Freiheit sei das schwerste und wirksamste Mittel, um den Ackerbau aus seinen jetzigen Bedrängnissen heraus und auf einen grünen Zweig zu bringen. Emil Girardin weiß, was die Landbevölkerung bei großen Krisen zu bedeuten hat. Die Bauern eben waren es, auf welche Girardin damals einzuwirken und die Wahl Louis Napoleon's durchzusetzen verstand. Die Bauern sind es auch jetzt wieder, welche Girardin für den Fortschritt gegen die Gendarmen bei Hofe und in den Kammern ins Feld zu locken sucht. Sein Ueberritt zur „Liberté“ ist in dieser Beziehung ein wichtiger Wendepunkt. — Das „Mémorial diplomatique“ glaubt zu wissen, daß der in Rom ausgearbeitete Concor-

datsentwurf, welcher nach Mexiko geschickt war, die Zustimmung des Kaisers Maximilian erhalten habe. Man betrachte die Unterhandlungen über diese Angelegenheit als beendet. — Das „Mémorial“ dementirt ferner die Nachricht, daß Oesterreichische Truppen an der Moldau-Balawischen Grenze concentrirt seien. Es glaubt versichern zu können, daß Oesterreich und Frankreich in der Donaufürstenthümerfrage im Einverständniß sich befinden. — Ueber den Habsburg-Hohenzollern'schen Conflict schreibt das gleiche Blatt, bekanntlich Meternich's Organ:

In Wien ist man mehr wie je entschlossen, jeden Vorschlag abzulehnen, welcher über die durch die Gasteiner Convention Oesterreich übertragenen Rechte hinausgeht. Wenn daher Preußen unter diesen Umständen eine Combination vorschlägt, welche der von jeder der deutschen Großmächte erworbenen Position Rechnung trägt, und eine Lösung zuläßt, welche die Pflichten Oesterreichs und die Rechte des Bundes wahr, so ist das Wiener Cabinet bereit, auf Unterhandlungen einzugehen, und zwar mit dem ausdrücklichen Wunsch, zu einem Einverständnisse zu gelangen, zu dessen Gunsten heute specieller seine commerciellen und industriellen Interessen das Wort führen. Sollte aber Preußen aus eigenem Antriebe die Gasteiner Convention dadurch zerreissen, daß es Gewaltmaßregeln gegen die Herzogthümer in Anwendung brächte, so unterliegt es keinem Zweifel, daß dann das Wiener Cabinet sich seiner früheren Verpflichtungen entbunden fühlen und der Gewalt Gewalt entgegensetzen würde, und zwar nicht in seinem eigenen Interesse, welches nichts mit allem dem zu schaffen hat, sondern in dem Deutschlands, für welches der Krieg um die Herzogthümer geführt worden ist.

Der Prinz Napoleon kommt am 15. März nach Paris zurück. — Der „Moniteur“ meldet die Genesung des kaiserlichen Prinzen von der Masernkrankheit.

* **London**, 7. März. [Kaiserlich Mexikanisches.] Der „Köln. Ztg.“ zufolge geht es, wenn den neuen, aus Mexico eingetroffenen Privatbriefen zu glauben ist, mit dem maximilianischen Kaiserthume rasch zu Ende, und wird es das Ende dieses Jahres schwerlich erleben. Das Schicksal scheint dem Kaiser keinen rühmlichen Tod auf dem Schlachtfelde aufzubewahren, vielmehr deutet Alles darauf hin, daß er, als bankrotter Mensch, dem Lande seiner Wahl den Rücken kehren werde, bankrott an dem Vertrauen seiner Unterthanen, bankrott an Macht und vor Allem an Geld. Leichtsinzig wie in Venedig und Miramare, wirtschaftet er in Mexico, so daß die Leute dort nicht recht wissen, ob sie sich über seine Verschwendung ärgern oder lustig machen sollen. Nachdem er mit großen Kosten photographische Ansichten von Paris und anderen europäischen Hauptstädten hatte anfertigen lassen, um nach diesen seine Hauptstadt zu verschönern, nachdem er für seine und der Kaiserin Reisen unsinnige Summen verschwendet hat und in seinem Haushalte mehr braucht, als die gesammten Jolleinnahmen von Vera-Cruz betragen, hat er, wie man schreibt, jetzt angefangen, Bäume aus Europa importiren zu lassen, um Alleen nach Chapultepec und dem Alcazar anzulegen. Es genügt ihm also die Vegetation Mexico's nicht mehr; aber woher will er all das Geld nehmen, wenn er es darauf abzugeben haben sollte, dieser einen anderen Charakter zu geben! Solche und andere Gelüste befriedigt er Angesichts eines Jahres-Deficits, das im günstigsten Falle 20 Millionen betragen wird. Die Staatskasse soll verzweifelt leer sein, zweimal schon hat Bazaine angeblich mehrere Hunderttausend Franken auf kurze Frist vorstrecken müssen. Das Privatvermögen der Kaiserin ist vor den Eingriffen ihres phantastischen Gemahls sicher gestellt, und wenn es diesem nicht gelingt, eine neue, große Anleihe zuwege zu bringen, kann es leicht geschehen, daß er an Geldmangel zu Grunde geht, wie ein ordinärer Feinwandhändler oder Getreidespeculant. Wenn Frankreich nicht hilft, ist der Bankrott unvermeidlich, kann schon der nächste Coupon nicht bezahlt werden. Der liberalen Partei schwillt durch diese Geldverlegenheiten der kaiserlichen Regierung der Kamm. Seit sie über die zukünftige Haltung der Vereinigten Staaten bezügl. ist, seit sie weiß, daß diese sich dem Kaiser Napoleon gegenüber zu nichts weiter als zu einer momentanen Neutralität verpflichtet haben, ist sie entschlossen, sich nicht in kleinen Gefechten zu ver-